

Rettungsinseln in »LGBT-freien Zonen«

Pastorale und politische Strategien

gegen Homo- und Transphobie im Nationalpopulismus

Michael Brinkschröder

1. Nationalpopulismus und kirchlicher Anti-Genderismus – eine neue Hegemonie im östlichen Mitteleuropa?

»Man versucht uns einzureden, das seien Menschen, aber das ist ganz einfach eine Ideologie« (Gnauck 2020). Mit diesem Satz über Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans-Personen (LGBT-Personen) hat der polnische Präsident Andrzej Duda die heiße Phase des Wahlkampfs um seine Wiederwahl ins Präsidentenamt eröffnet. Seine Begründung: Keineswegs alle LGBT-Personen würden sich mit den Forderungen der politischen LGBT-Bewegung identifizieren, denn für viele sei die sexuelle Orientierung Privatsache. Die LGBT-Bewegung bediene sich, so sein nächster Vorwurf, »neobolschewistischer Methoden«, da sie dem polnischen Volk – ähnlich wie die Kommunisten – eine Ideologie aufzwingen wolle, zu der die frühzeitige »Sexualisierung« der Kinder durch Sexualkundeunterricht an den Schulen sowie die »Ausgrenzung« Andersdenkender gehöre. Im Zentrum seines Wahlprogramms steht eine »Charta der Familien«, der zufolge Duda verbieten lassen will, die »LGBT-Ideologie in öffentlichen Institutionen zu propagieren«, um stattdessen die »traditionellen Familien« zu fördern (ebd.). Schließlich hat er vorgeschlagen, die polnische Verfassung zu ändern, um ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare auf dieser Ebene unmöglich zu machen.

Mit diesen Statements setzt der aus der PiS-Partei stammende, seit 2015 amtierende Präsident den auf die Konstruktion eines Feindbilds zielenden Kulturkampf fort, den die PiS bereits im Vorfeld der Wahlen zum Sejm entfacht hatte. Im Sommer 2019 legte die Zeitung *Gazeta Polska* ihrer Ausgabe Aufkleber mit der Aufschrift »LGBT-freie Zone« bei. Nach massiven Protesten und einem Gerichtsurteil, das deren Verteilung untersagte, änderte sie den Text um in »LGBT-Ideologiefreie Zone«. Gut ein Drittel der polnischen Gemeinden, Kreise und Woiwodschaften – vor allem im Südosten des Landes – hat sich seither zu »LGBT-Ideologiefreien Zonen« erklärt. Der Unterschied zwischen »LGBT-Ideologiefreien« und »LGBT-freien

Zonen«, die die Menschen ausgrenzen, schwimmt dabei offensichtlich genau-so wie im Statement von Präsident Duda und weiterer PiS-Politiker (vgl. Mattern 2020).

LGBT-Personen, die in diesen »Zonen« leben, beklagen eine Zunahme von offener Diskriminierung (vgl. Brenner 2020).¹ Im ganzen Land werden sie inzwischen als Pädophile beschimpft, die den heterosexuellen Pol_innen ihre Kinder stehlen wollten. Das Klima des Hasses ist für LGBT-Personen beängstigend und unerträglich geworden.² Wenn LGBT-Personen das Menschsein abgesprochen wird, geht es nicht mehr um einzelne Gesetzesvorhaben, sondern um fundamentale Angriffe auf die Menschenwürde. Wenn dieser Hass von einem amtierenden Präsidenten unterstützt und sogar angeheizt wird, wer gibt dann noch eine Garantie darauf, dass der Staat die Rechte seiner LGBT-Personen schützt – zumal in einem Land, das die Unabhängigkeit der Justiz außer Kraft gesetzt hat? Oder gibt es noch Grenzen des Anstands, auf die man sich als LGBT-Person verlassen kann und vor deren Überschreitung nationalpopulistische Regierungen zurückschrecken?

Politiker wie Duda und Orbán und ihre Parteien haben das Gedankengut des katholischen Anti-Genderismus aufgegriffen. Begriffe wie »Frühsexualisierung«, »Gender-Ideologie« oder »LGBT-Ideologie« und die Forderung nach Schutz der traditionellen Familienform sind dafür ebenso typisch wie die Verschärfung von Abtreibungsverboten, der Kampf gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare.

Der Anti-Gender-Diskurs wurde zwischen 1995 und 2005 im Vatikan vom Päpstlichen Rat für die Familie ausgearbeitet, bevor er durch das *Lexikon Familie* (Päpstlicher Rat für die Familie 2007) einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Danach haben zahlreiche nationale Bischofskonferenzen Hirtenbriefe gegen die von ihnen sogenannte »Gender-Ideologie« verfasst (Ungarn 2010, Polen 2013, Kroatien 2013 und Slowakei 2013). Seit den Massendemonstrationen von »*Manif pour tous*« in Frankreich 2011 gegen die Homo-Ehe wurde daraus eine breite Protestbewegung, der sich nicht nur konservative Katholik_innen, sondern

-
- 1 Vgl. dazu die Fotoserie zu »LGBT-freie Zonen« des Künstlers Bartosz Staszewski, der sich aktuell gegen eine Klage der traditionalistisch-katholischen Organisation Ordo Iuris zur Wehr setzen muss (vgl. Wirbel 2020). Ordo Iuris zeichnet auch verantwortlich für einen Lkw, der mit Hassbotschaften gegen LGBT-Personen vor und nach der Präsidentenwahl durch Warschau gefahren ist. Der Widerstand gegen diesen Lkw löste eine Protestbewegung aus, die als »polnisches Stonewall« bezeichnet wurde. (Vgl. zu Ordo Iuris: Datta 2020: 19–22).
 - 2 Polen ist nicht das einzige Land, in dem eine nationalpopulistische Regierung grundlegende Rechte von LGBT-Personen infrage stellt. In Ungarn hat die Regierung Orbán 2020 die gesetzliche Anerkennung der Geschlechtsidentität von trans- und intergeschlechtlichen Personen aufgehoben. Diese müssen nun mit dem standesamtlich bei der Geburt eingetragenen Geschlecht und Namen leben, selbst wenn sie sich mit einem anderen Geschlecht identifizieren oder eine Transition vollzogen haben.

auch Vertreter_innen anderer Konfessionen und Religionen angeschlossen haben (vgl. Paternotte 2015; Garbagnoli/Prearo 2017). Noch bedeutsamer aber wurde die Liaison der Anti-Gender-Bewegung mit rechten, vor allem nationalpopulistischen Parteien (vgl. Kováts/Pöim 2015). Auf dieser Grundlage erklärt sich das politische Bündnis der römisch-katholischen Kirche in Polen mit der PiS. Besonders starke Unterstützung findet es in den konservativen Gegenden, die sich zu »LGBT-Ideologiefreien Zonen« erklärt oder die Familiencharta unterzeichnet haben.

In der aktuell zugespitzten Kontroverse über »LGBT-freie Zonen«, »LGBT-Ideologie«, aber auch in den früheren Debatten über »Gender-Ideologie« und die Verschärfung des Abtreibungsverbots bildet der polnische Episkopat praktisch eine einheitliche Front. Auch wenn sich die Bischöfe im Wahlkampf um das Präsidentenamt weitgehend aus der Debatte zurückgehalten haben, so haben sich doch viele Priester aktiv zugunsten von Duda eingeschaltet und LGBT-Personen als Pädophile verunglimpft. Zwar wird nicht jede rechtsradikale Äußerung von allen Bischöfen gebilligt – so musste sich der Krakauer Bischof für die Formulierung von einer »Regenbogenpest« auch Kritik von seinen Kollegen im Bischofsamt anhören –, aber in der Grundhaltung der aktiven Bekämpfung von gleichen Rechten für LGBT-Personen besteht Einigkeit. Überdies fordert die Hierarchie diese Haltung auch von ihren Priestern und Ordensleuten ein, die mit Sanktionen rechnen müssen, wenn sie abweichende Meinungen öffentlich vertreten. In überwiegend katholischen Ländern wie Polen und der Slowakei verfügt die Hierarchie der katholischen Kirche daher über eine nahezu monopolartige Stellung, die ihr eine starke Definitionsmacht verleiht zu bestimmen, was als katholisch gilt und was nicht.

Angesichts dieser zugespitzten Situation einer Koalition aus nationalpopulistischer Politik und katholischem Anti-Genderismus möchte ich im Folgenden erörtern, mit welchen Herausforderungen christliche LGBT-Gruppen in Polen und anderen Ländern im östlichen Mitteleuropa konfrontiert sind und mit welchen pastoralen und (kirchen-)politischen Mitteln sie diese zu bewältigen versuchen (Kap. 2). Danach werde ich in zwei Schritten versuchen, den Aufstieg des Nationalpopulismus und seiner LGBT-Feindlichkeit zu erklären, indem ich zunächst den Nationalpopulismus als Antwort auf die Krise des neoliberalen Kapitalismus deute (Kap. 3) und danach psychische Dynamiken und soziale Interessenkonstellationen analysiere, die die Konstruktion eines Antagonismus zwischen Familie und LGBT-Personen für viele so attraktiv erscheinen lassen (Kap. 4).

2. Verzweiflung überwinden: Spiritualität nähren und klären

Wie geht es christlichen LGBT-Personen, die nicht nur mit der politischen Vorherrschaft der PiS, sondern auch mit einer kirchlichen Einheitsfront konfrontiert sind? Müssen sie nicht an der Kirche verzweifeln? Viele von ihnen sehen sich mit der Wahl »God vs. Gay« (Michaelson 2011) konfrontiert: Entweder sie folgen der Autorität der kirchlichen Oberhirten und lehnen ihre eigene Sexualität bzw. Geschlechtsidentität ab oder sie geben ihren Glauben zugunsten ihrer Identität als lesbisch, schwul, bisexuell, transident oder intergeschlechtlich/divers auf. Eine dritte Option ist für viele nicht erkennbar, da es in ihrem Kontext bislang keine Schnittmenge gibt, wo sich beide Seiten überlappen und miteinander verbinden lassen. Und doch ist es genau diese Verbindung zwischen ihrer christlichen Spiritualität und ihrer LGBT-Identität, wonach sich gläubige LGBT-Personen sehnen. Gruppen wie *Fundacja Wiara i Tęcza* (»Glaube und Regenbogen«) in Polen, *Signum – Dúhový kresťania* (»Gay Christians Slovakia«) oder *Mozaik közösség* (»Gemeinschaft Mosaik«) in Ungarn treten dafür ein, diesen Zwischenraum zu schaffen.³

Wenn LGBT-Personen neu zu ihnen kommen, so erzählen sie, haben sie die homo- und transphoben Lehren der offiziellen Kirchenleitungen meist sehr stark internalisiert und trauen sich oft gar nicht, nach alternativen theologischen Auffassungen und spirituellen Deutungsmustern zu suchen. Sie befinden sich in einem Zustand spiritueller Verwirrung und Hilflosigkeit. Weil LGBT-affirmative theologische Ideen aber ohne Amtsautorität daherkommen, fallen viele nach kurzer Zeit wieder zurück in den Glauben an die Autorität der kirchlichen Hierarchie, sehen sich als »gefallene Sünder« und erleben die Furcht vor einem Verlust des Seelenheils noch drängender als zuvor. Hinzu kommen oftmals soziale Isolation oder Konflikte in der Familie, der Kirchengemeinde, dem Betrieb oder der Schule. Die Stigmatisierung als LGBT-Person ist enorm und greift das Selbstbewusstsein an, was wiederum die Sicht auf die Handlungsoptionen einschränkt.

Angesichts dieser Schwierigkeiten haben die Ehrenamtlichen in christlichen LGBT-Gruppen große Herausforderungen und Aufgaben zu bewältigen, die sich in fünf Punkten bündeln lassen:

Die LGBT-Personen, die zu ihnen kommen, brauchen erstens Unterstützung, um die sexuelle und/oder geschlechtliche Dimension und die religiöse Dimension ihrer Persönlichkeit zu integrieren.

Dazu dienen Gesprächskreise, in denen man sich untereinander über die Erfahrungen, vor allem die erlittenen Verletzungen und die erfolgreichen Schritte der Emanzipation austauschen kann. Dieser Austausch kann etwa durch thematische

3 Vgl. zur Geschichte der christlichen LGBT-Gruppen in Osteuropa: Brinkschröder 2016.

Inputs angeregt werden oder durch Biographiearbeit, sofern dafür eine hinreichende Vertrautheit untereinander besteht. Das Erzählen der eigenen Geschichte ermöglicht es, nicht nur eine positive Haltung zu sich selbst zu gewinnen, sondern stellt den anderen Gruppenmitgliedern einen Spiegel zur Verfügung, in dem sie sich selbst betrachten und feststellen können, dass sie mit ihren Problemen nicht allein sind.

Eine zweite Aufgabe besteht darin, die Mitglieder bei ihrer spirituellen Suche zu begleiten und passende Formen christlicher Spiritualität zu entwickeln.

Sofern man bislang gewohnt war, einfach in den Sonntagsgottesdienst zu gehen, der von einem Priester vorbereitet und zelebriert wird, ist es eine Herausforderung, dass christliche LGBT-Gruppen ihre spirituellen Formate selbst formulieren und gestalten müssen, weil Priester dazu nur selten bereit sind. Diese spirituelle Praxis kann z.B. in Gebeten, Andachten oder Gottesdienste entwickelt werden. Für gemeinsame Gottesdienste ist es hilfreich, kirchliche Räume nutzen zu können. In Ländern wie Polen oder der Slowakei stellen erfahrungsgemäß eher lutherische oder altkatholische Gemeinden ihre Kirchen zur Verfügung als die römisch-katholische Kirche. Ein beliebtes Format zur Stärkung einer christlichen LGBT-Spiritualität sind Besinnungswochenenden, die zudem eine gute Gelegenheit für den Austausch mit anderen Gruppen und für die Teilnahme von LGBT-Personen vom Land darstellen. Diese eigene spirituelle Praxis erfordert einerseits Erfahrung im Umgang mit der spirituellen Tradition und ein gutes Verständnis von ihr, andererseits aber auch den Mut, Aspekte der Liturgie zu verändern, damit sie den Bedürfnissen der Teilnehmer_innen entsprechen. Es braucht zudem die Bereitschaft, die Grenzen zu überschreiten, die durch die vertrauten konfessionellen Traditionen gesteckt werden.

Eine dritte Herausforderung liegt darin, als Gruppe eine Gemeinschaft zu bilden, in der die Mitglieder sich untereinander solidarisch verhalten und eine verlässliche Zusammenarbeit praktizieren.

Die Gruppe ist wichtig für die Mitglieder, weil sie dabei hilft, soziale Isolation und Ausgrenzung in anderen Lebensbereichen zu kompensieren. Solidarität und Verbindlichkeit jedoch sind Tugenden, die viele LGBT-Personen ihrer internalisierten Homo- oder Transphobie mühsam abtrotzen müssen: Solange sie sich selbst in einem negativen Licht sehen, können sie sich kaum vorstellen, dass ihre Präsenz oder Solidarität für andere etwas Positives bewirken können; Selbstzweifel und depressive Phasen, aber auch übersteigerte Ängste vor den Folgen eines Coming-outs bei öffentlichen Aktivitäten unterminieren immer wieder ihre Fähigkeit zur Verbindlichkeit. Nicht selten gehen Gruppen nach einiger Zeit wieder ein, weil die destruktiven Kräfte die Oberhand behalten und nicht verstanden wird, woher diese destruktiven Kräfte kommen und wie man mit ihnen umgehen kann. Hinzu

kommt, dass auch die Mitglieder von LGBT-Gruppen ein Verständnis für die Diversität zwischen den verschiedenen Geschlechtern, den sexuellen und geschlechtlichen Identitäten aufbauen müssen.

Eine vierte Aufgabe besteht darin, Auswege aus vermeintlich bestehenden theologischen Sackgassen aufzuzeigen.

Die Kirchen glauben von sich, dass ihre LGBT-feindliche Haltung theologisch begründet sei. Alternative theologische Deutungen können dabei helfen, solche unterdrückenden Auffassungen zu überwinden und stattdessen Leitlinien für ein – auch für LSBT-Personen sinnvolles – theologisches Selbstverständnis zu gewinnen. Ansätze für solche kritisch-theologischen Neuansätze können durch die Beschäftigung mit den traditionell als antihomosexuell ausgelegten Bibelstellen bzw. der Heiligen Schrift insgesamt entdeckt werden oder durch die Problematisierung von systematisch-theologischen Schlüsselbegriffen (wie z.B. Sünde, Gewissen, Autorität, Wahrheit). Besonders relevant ist dabei die Reflexion über eine der eigenen Lebenssituation angemessene ethische Haltung im Umgang mit der eigenen Sexualität und Körperlichkeit. Allerdings muss dieses alternative theologische Know-how in LGBT-Fragen in Ländern wie Polen oder der Slowakei gegen das Gefälle der akademischen Theologie erarbeitet werden, in der entscheidende theologische Diskurse fehlen und kritische Stimmen kaum zu vernehmen sind. So gibt es z.B. keine starke liberale Theologie, die im Sinne der »autonomen Moral« die Entscheidungskompetenz für das Handeln dem eigenen Gewissen anstelle der »objektiven« Sittenlehre des Lehramts zuschreibt oder die in der Lage wäre, durch historische Kritiken dogmatisch verfestigte Deutungen von Schrift und Tradition infrage zu stellen. Auch feministische oder befreiungstheologische Denkschulen, die ideologiekritisch vorgehen und die Bischofstheologie als patriarchal oder klerikal zurückweisen könnten, haben in Ostmitteleuropa bislang nicht in relevantem Maße Fuß gefasst, da »der politische Katholizismus in Polen oder Ungarn keinen der westeuropäischen Entwicklung ähnlichen, selbstkritischen Trennungsprozess von seinen ultranationalistischen, oft antisemitischen und antimodernen Strömungen der Vorkriegszeit vollzogen hat bzw. vollziehen musste«. (Manow 2018: 59).

Eine fünfte, eher (kirchen-)politische als pastorale Aufgabe besteht darin, die strukturelle Antihomosexualität und Transphobie in Kirche und Gesellschaft zu überwinden.

Aus Respekt vor den Mitchrist_innen sollte im Kontext der Kirche der Weg des Dialogs eigentlich immer die erste Wahl sein. Diese Dialoge können theoretisch mit unterschiedlichen Personengruppen geführt werden, je nachdem, wo man auf offene Ohren stößt: mit Priestern, Ordensschwestern oder Bischöfen. Persönliche Kontakte können bei diesen ein größeres Bewusstsein und Einfühlungsvermögen für die Lebenswirklichkeiten und Probleme von LGBT-Personen wecken und ihre Bereitschaft erhöhen, sich bspw. für die Einführung von LGBT-Pastoral einzusetzen.

zen. Allerdings ist es in Polen und der Slowakei gegenwärtig so, dass keine oder nur sehr wenige Priester und Ordensschwwestern, geschweige denn Bischöfe bereit sind, sich auf einen Dialog mit LGBT-Personen einzulassen.⁴

Angesichts dieser Dialogverweigerung gibt es nur wenige Alternativen. Der erste Schritt, um der gesellschaftlichen und kirchlichen Isolation zu entkommen, ist oftmals der Aufbau von Gruppen für Eltern von LGBT-Personen. Diese Eltern brauchen zunächst selbst Unterstützung, um das Coming-out ihres Kindes zu verarbeiten. Langfristig können sie aber die von Rechtspopulist_innen forcierte soziale Konstruktion eines Antagonismus zwischen LGBT-Personen und »der« Familie sehr wirksam infrage stellen. Außerdem können sie auch für den innerkirchlichen Dialog Türen öffnen, wie z.B. die Erfahrungen der *Drachma Parents Group* aus Malta zeigen (Peregin 2015). Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die mediale Sichtbarkeit zu erhöhen und z.B. regelmäßig Pressemitteilungen zu veröffentlichen, in den sozialen Medien sichtbar und ansprechbar zu sein oder Kontakte mit der linkskatholischen Intelligenzija zu knüpfen. Auf diese Weise können die christlichen LGBT-Gruppen dazu beitragen, dass ihre Stimmen zumindest in einigen Segmenten des kirchlichen oder gesellschaftlichen Diskurses vernehmbar werden. Eine weitere Strategie besteht darin, Kontakte zu säkularen LGBT-Organisationen, christlichen oder säkularen Frauenorganisationen, Menschenrechtsorganisationen oder anderen gesellschaftlichen Gruppen (wie z.B. der jüdischen Minderheit) aufzubauen und mit ihnen in konkreten Projekten zu kooperieren. Auf diese Weise kann das Netzwerk der Freund_innen und Unterstützer_innen vergrößert und der sozialen oder innerkirchlichen Isolation entgegengewirkt werden.

Die genannten Herausforderungen, die christliche LGBT-Gruppen bewältigen müssen, wenn sie ihre Situation langfristig verbessern wollen, stellen ganz offensichtlich hohe Anforderungen an das Kompetenzprofil ihrer Leiter_innen und aktiven Mitglieder: Sie müssten einfühlsame Seelsorger_innen, kreative Liturg_innen, frustrationstolerante Gruppendynamiker_innen, gebildete Theolog_innen, kluge Politiker_innen und versierte PR-Agent_innen sein. Die Unerfüllbarkeit all dieser Anforderungen kann schnell in ein Gefühl von Überforderung umkippen, das lähmend wirkt. Damit dies nicht geschieht, hat das *European Forum of LGBT Christian Groups*, ein ökumenischer Dachverband mit über 45 Mitgliedsgruppen aus ganz Europa, die Bemühungen dieser Gruppen in den letzten Jahren durch internationale Aktivitäten und Programme unterstützt. Dazu gehören etwa die Sammlung und Veröffentlichung von Lebenszeugnissen von christlichen Lesben aus ganz Europa (s. Solberg 2007) und von katholischen LGBT-Personen (s. Taylor/Barnes 2016), mehrjährige Mentoring-Programme und Trainings zu Themen wie dem Umgang mit internalisierter Homophobie und religiösen Traumata oder

4 Nach Auskunft von Wiara i Tęczu gibt es in ganz Polen sechs römisch-katholische Priester, die sie seelsorglich unterstützen; in der Slowakei laut Signum keinen einzigen.

dem Dialog mit der katholischen Hierarchie.⁵ Auf den jährlichen Konferenzen des *European Forum* werden theologische Themen in Workshops und Vorträgen vertieft – z.T. in ökumenischer, z.T. in konfessioneller Perspektive, während bei den ebenfalls jährlich stattfindenden Konferenzen für *LGBT Christian Groups in Eastern Europe and Central Asia* der Aspekt der spirituellen Stärkung im Vordergrund steht.

3. Nationalpopulistische Antworten auf den Neoliberalismus

Blicken wir nun auf die andere Seite: Was bringt Menschen in Polen dazu, ihre Gebiete zu »LGBT-Ideologiefreien Zonen« zu erklären? Was treibt sie an, sich die Schlagworte des Anti-Genderismus zu eigen machen? Wieso verfängt bei ihnen ein rechts- und nationalpopulistischer Diskurs, der Ängste und Hass gegen immer neue Feindbilder schürt?

In den letzten Jahren ist die Entstehung und Verbreitung des Diskurses des Anti-Genderismus, sein Anschwellen zu einer einflussreichen Bewegung und seine politische Rezeption in rechtspopulistischen und faschistischen Parteien in vielen Ländern intensiv untersucht worden (vgl. Kuhar/Paternotte 2017; Hark/Villa 2015). Doch möglicherweise ist es weniger produktiv, sich dem Anti-Genderismus und der LGBT-Feindlichkeit durch eine kritische Auseinandersetzung auf der Sachebene anzunähern als sie als Symptom zu deuten. Was sind die gesellschaftlichen Bedingungen, die der aktuellen Bereitschaft zur Rezeption von LGBT-Feindlichkeit und Anti-Genderismus vorausgehen und sie erst möglich machen?

Die postkommunistischen Staaten sind nach der Wende durch eine neoliberale Politik geprägt worden. In Polen begann die Einführung der Marktwirtschaft mit der sog. »Schocktherapie«, die zunächst zum Einbruch der Wirtschaft, zu Betriebs-schließungen und Millionen Arbeitslosen führte. In den späten 1990er Jahren kam es dann zu einer »zweite[n] Welle des Neoliberalismus« (Ther 2016: 107f.): Die Entstaatlichung wurde durch die Privatisierung der Altersvorsorge und des Gesundheitswesens fortgesetzt. Die neoliberale Politik sorgte jedoch für hohe ausländische Kapitalzuflüsse, die insgesamt zu einem Aufschwung der polnischen Wirtschaft führten, der bis zum Einschnitt 2008/09 andauerte (vgl. ebd.: 139f.).

In dieser Phase bildete sich innerhalb Polens allerdings ein doppeltes Gefälle heraus. In allen Ländern Südmitteleuropas blieben die östlichen Landesteile hinter der Entwicklung zurück, da die ausländischen Investitionen vor allem in die westlichen Landesteile flossen, die von niedrigeren Transportkosten profitierten, weil sie geographisch näher zu Westeuropa liegen (vgl. ebd.: 151f.). Das zweite Gefälle hat Ther auf die Formel »reiche Städte, armes Land« (ebd.: 145) gebracht. Während

5 <https://www.lgbtchristians.eu/resource-material/reading/downloads> (Zugriff 07.07.2020).

die größeren Städte boomten, blieb auf dem Land das Bruttoinlandsprodukt niedrig und die Arbeitslosigkeit hoch. »Die eigentlichen Absteiger waren die Menschen in ländlichen Regionen und vor allem Landarbeiter.« (Ebd.: 158)

Folge dieser Abwärtsentwicklung war eine massive Arbeitsmigration aus den ländlichen Gebieten im Osten von Polen. Vor allem junge Menschen nutzten die Möglichkeiten, die der Beitritt Polens im Rahmen der EU-Erweiterung 2004 bot, um in Ländern wie Großbritannien oder Deutschland zu arbeiten – ein Prozess, der sich durch die Wirtschaftskrise 2008/9 noch einmal verschärfte. Durch den damit verbundenen Braindrain verloren die ländlichen Regionen Ostpolens weiter an Zukunftsperspektiven. Die Landbewohner_innen, die zurückblieben, mussten nicht selten zur einfachen Subsistenzwirtschaft mit kleiner Landwirtschaft und Gelegenheitsjobs zurückkehren. Im günstigeren Fall wurden sie dabei von Familienmitgliedern finanziell unterstützt, die ihr Geld im Ausland verdienten.

Die Wirtschaft der ganzen Region erlitt 2009 eine einschneidende Rezession. Während Polen von dieser Krise nur in einem relativ geringen Ausmaß getroffen war, konnten sich Ungarn, Rumänien, die baltischen Staaten und die Ukraine lediglich durch Milliardenkredite des IWF vor einem Staatsbankrott retten. In Ungarn kam hinzu, dass etwa eine Million Menschen Kredite in Fremdwährungen (vor allem in Schweizer Franken) aufgenommen hatten, deren Gegenwert sich durch die schlagartige Abwertung des Forint um die Hälfte erhöhte. Die Kredite in Fremdwährungen, über die die österreichische Finanzaufsicht im Nachhinein erklärte, dass sie wegen der Risiken »nicht als Massenprodukt geeignet« seien, kann man als typisches Produkt der im neoliberalen Geist deregulierten Finanzmärkte deuten (vgl. ebd.: 246).

Viktor Orbán reagierte auf die Wirtschaftskrise mit einem neuen politischen Programm, das einen wichtigen Impuls für die internationale Ausbreitung des Nationalpopulismus gab. Zur Vermeidung von Auslandsschulden verstaatlichte er 2010 die privaten Pensionsfonds und erließ Sondersteuern gegen internationale Banken und Supermarktketten, Energie- und Telekommunikationsunternehmen (vgl. ebd.: 255), denen er die Schuld an den wirtschaftlichen Missständen in Ungarn gab. Orbán inszenierte sich »als Retter der kleinen Leute und Schuldner« und verband eine »auf den ersten Blick ›linke‹ Politik« mit einem »rhetorischen Nationalismus« (ebd.: 247). Die Renationalisierung der ungarischen Ökonomie begleitete er durch rhetorische Angriffe auf Migrant_innen und die Rede von einem angeblichen Bevölkerungsaustausch. Die Flüchtlingskrise 2015 bot ihm reichlich Gelegenheit, sich mit diesem Thema zu profilieren. Er entfachte einen von Verschwörungstheorien befeuerten Kampf gegen seinen früheren Förderer George Soros und schränkte die Rechte von NGOs ein. Seit 2014 bezeichnet er das politische Regime, das ihm vorschwebt, als »illiberale Demokratie«, womit er meint, dass die ungarische Nation nicht mehr von den Individuen, sondern von der Gemeinschaft her gedacht werden soll.

Unter Führung von Jarosław Kaczyński schloss sich die PiS-Partei dem ungarischen Vorbild an und verfolgte seit 2015 ebenfalls eine rechtspopulistische Politik. Sie profilierte sich, indem sie die Sozialpolitik ins Zentrum stellte, einen Bereich, den die zuvor regierende (neo-)liberale Bürgerplattform weitgehend vernachlässigt hatte. Die PiS führte im Rahmen des Familienförderprogramms »*Familie 500+*« ein im Vergleich zum Durchschnittseinkommen relativ hoch bemessenes Kindergeld ein und löste damit ihr Versprechen ein, die Familien zu fördern.⁶ Außerdem erhöhte sie den Mindestlohn, erschwerte prekäre Dienstleistungsverträge und senkte das kurz zuvor erhöhte Renteneintrittsalter wieder ab (vgl. Owczarek 2019).

Der Nationalpopulismus im östlichen Mitteleuropa verbindet somit eine Politik der materiellen Umverteilung durch den Staat mit einer nationalistischen und heteronormativen Politik der Anerkennung. Während den traditionellen Familien soziale Wohltaten zufließen, werden ethnische Minderheiten, Migrant_innen und LGBT-Personen davon ausgeschlossen. Aus dieser Perspektive ist der Feminismus – im Einklang mit der sogenannten ›LGBT- und Gender-Ideologie‹ – »part and parcel of the neoliberal project, which sells rampant individualism as emancipation, corroding community and family« (Korolczuk/Graff 2018: 814). Sie werden als das Werk von globalen, liberalen Eliten gedeutet, die dieses gesellschaftliche Zerstörungswerk in Gang gesetzt haben, um ihre Profite zu vermehren.

4. Sozio- und Psychodynamiken hinter dem Antagonismus von LGBT und Familie

Die PiS konstruiert zwischen LGBT-Personen und der Familie nicht nur eine Unvereinbarkeit, sondern einen Antagonismus, demzufolge die LGBT-Bewegung die (traditionelle) Familie unterminiere. Doch dieser angenommene Widerspruch ist keineswegs überzeugend oder logisch zwingend, sondern sozial konstruiert und politisch zugespitzt. Ihm liegen selektive Wahrnehmungen, Projektionen und Verschiebungen zugrunde, hinter denen Interessen und Ängste sozialer Gruppen stehen.

Blicken wir zunächst auf die selektive Wahrnehmung. Der Antagonismus basiert darauf, dass das gesellschaftliche Verständnis von Familie auf ein heteronormativ geprägtes Bild von Vater-Mutter-Kinder eingeschränkt wird. Alleinerziehende Eltern, Homosexuelle oder Trans-Personen mit leiblichen Kindern aus früheren (heterosexuellen) Ehen kommen darin nicht vor. Außerdem wird nicht gesehen,

6 Alleinerziehende (v.a. Mütter) mit einem Kind sind vom Kindergeldbezug in der Regel ausgeschlossen. Dies verdeutlicht, dass es nicht in erster Linie um die Förderung von Kindern geht, sondern um die Förderung solcher Familien, die dem Familienmodell der katholischen Kirche entsprechen.

dass auch LGBT-Personen, die als Kinder und Jugendliche selbst in der Regel in Familien mit heterosexuellen Elternpaaren aufwachsen, davon profitieren würden, wenn die Familie als eine echte Solidargemeinschaft propagiert würde, in der man sich in schwierigen Situationen beisteht, so dass sie auch bei einem Coming-out ihrer Kinder nicht einseitig von den Eltern aufgekündigt wird. Ein gestiegenes Bewusstsein für die Bedeutung des familiären Zusammenhalts zeigt sich inzwischen auch in der polnischen LGBT-Bewegung: Während sie vor einigen Jahren noch liberale Forderungen (wie Sichtbarkeit, Diversität, Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung) ins Zentrum stellte, benutzt sie in der jüngsten Zeit verstärkt Frames, die sich auf Familie (»We are family«) und Solidarität beziehen (vgl. Struzik 2020).

Vor allem im östlichen und ländlichen Polen, wo die ökonomische Situation für viele Menschen prekär und unsicher ist, aber der Staat die Menschen in den letzten Jahrzehnten nicht ausreichend gegen Lebensrisiken abgesichert hat, kommt der Familie notgedrungen auch als materiellem Unterstützungsnetzwerk eine größere Rolle zu. Nur durch Umverteilung unter Familienmitgliedern ist es möglich, Phasen von Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit zu überstehen. Aufgrund der Erweiterung ihrer existenzsichernden Funktion über die Generationen hinweg wird die Familie umso schützenswerter.

Gleichzeitig haben die sozialen Dynamiken die Familie aber in auch in anderen Hinsichten unter Stress gesetzt. Gerade in strukturschwachen Gebieten verlassen viele Kinder nach ihrer Ausbildung oder einem Studium die Familie, um im EU-Ausland zu arbeiten. Die zurückbleibende Bevölkerung überaltert und die Geburtenraten sind niedrig. Krastev und Holmes (2019: 61) sprechen von einer »unausgesprochene[n] Furcht vor dem demografischen Kollaps«. Außerdem muss die Generation der Eltern erleben, dass ihre Lebenserfahrungen in den Augen der jüngeren Generation keinen Wert mehr haben, da sie zur Orientierung in der post-kommunistischen und digital geprägten Lebenswelt nicht viel beitragen können. Die Eltern verlieren an Autorität, während sich ihre Kinder vermehrt an Gleichaltrigen orientieren. »Sich über Staatsgrenzen hinweg mit Gleichaltrigen zu verbinden wurde einfacher, als das Gespräch über Generationengrenzen hinweg zu suchen.« (Ebd.: 81)

Diese doppelte Verlusterfahrung in der Sphäre der Familie, während zugleich ihre Bedeutung für die Absicherung gegenüber den existentiellen Unwägbarkeiten gewachsen ist, gilt es anzuerkennen und politisch zu bearbeiten. Dabei sind jedoch materielle *und* psychologische Aspekte zu beachten. Die PiS antwortet durch ihre selektiv familienfreundliche Sozialpolitik auf die materielle Dimension und verschafft dem Thema Familie Aufmerksamkeit. Zugleich beutet sie jedoch die Ängste vor einem Verlust der Kinder aus: Indem sie die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare als Diebstahl von Kindern durch Pädophile perhorresziert, verschiebt sie das Angstobjekt von der Arbeitsmigration auf LGBT-Personen. Die von Krastev/

Holmes diagnostizierte »Verschiebung« der durch die großen Abwanderungswellen aus Ost- und Mitteleuropa hervorgerufenen »unausgesprochene[n] Furcht vor dem demografischen Kollaps« (ebd. 2019: 60f.) auf das Ersatzobjekt »Flüchtlinge« in der Aufnahme Krise von 2015/2016 lässt sich m.E. auf die Abwehr von LGBT-Personen übertragen. Der komplexe und bedrohlich erscheinende gesellschaftliche Wandel, der die Familien unter Stress setzt, erhält auf diese Weise einen leicht identifizierbaren Schuldigen, auch wenn die strukturellen Ursachen für die Arbeitsmigration durch diese Stigmatisierung nicht beseitigt werden. Die Angst vor dem Verlust der Autorität über die eigenen Kinder wiederum schlägt sich in der Verhinderung von Sexualkundeunterricht nieder, wenn dieser als »Frühsexualisierung«⁷ bezeichnet wird. Zumindest die Kontrolle über die Sexualität ihrer Kinder möchten die Eltern so lange wie möglich behalten, um sie in die Bahnen der traditionellen, d.h. heteronormativen Familienstrukturen und ihrer Rollenmuster lenken zu können.

Die katholische Kirche unterstützt die Konstruktion des Antagonismus zwischen Familie und LGBT-Personen. Dabei verfolgt sie jedoch ihre eigene Agenda, denn inmitten der Aufdeckung von zahlreichen Fällen sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen durch katholische Kleriker und ihrer Vertuschung durch Bischöfe kommt Teilen der kirchlichen Hierarchie die Verächtlichmachung der LGBT-Personen gerade recht. Denn auf diese Weise können daran interessierte kirchliche Kreise die Schuld an der sexualisierten Gewalt den vermeintlich pädophilen Priestern in die Schuhe schieben und von der Frage ablenken, inwiefern der Klerikalismus mit seinen Strukturen des Zölibats, der Doppelmoral und der Homophobie, welche bei vielen Priestern eine psycho-sexuelle Reife verhindern, dazu beigetragen hat. Durch das Schüren einer »moral panic« (Stanley Cohen) versuchen Teile der Hierarchie stattdessen auf durchsichtige Weise, von den Taten von Priestern und Bischöfen abzulenken.

Der Preis dafür ist allerdings der bleibende Zweifel an ihrer moralischen Integrität, und dieser stellt sich nicht erst hinsichtlich der sexuellen Ausbeutung von Kindern ein. Angesichts der eingangs zitierten Aussage von Präsident Duda muss sich die katholische Kirche in Polen nämlich die Frage gefallen lassen, ob sie wirklich willens ist, für die Unterstützung ihrer heteronormativen Vorstellungen über die Familie die Menschenwürde und die Nächstenliebe zu opfern und damit zentrale christliche Prinzipien zu verraten.

Hinter dem von der PiS und der katholischen Kirche propagierten Antagonismus zwischen Familie und LGBT-Personen steckt also ein ganzes Syndrom von

7 Der Begriff »Frühsexualisierung« stammt aus der Forschung zu Kindern, die durch sexuelle Gewalt traumatisiert worden sind. Bei ihnen wurde ein besonders frühes Interesse an Sexualität beobachtet. Seine Anwendung auf den schulischen Sexualkundeunterricht arbeitet mit der Unterstellung, dass Sexualkunde selbst eine Form von sexueller Gewalt sei.

verdrängen Ängsten und verschleierte Interessen. Diesen kollektiven Verschiebungen und Verdrängungen zu widerstehen und – ohne ihre emotionalen Aspekte zu ignorieren – über die strukturellen, in der neoliberalen Wirtschaftsordnung begründeten Ursachen für die Probleme der Familien sowie über notwendige staatliche (sozialpolitische) Gegenmaßnahmen zu sprechen, könnte daher eine Strategie sein, um den Nationalpopulismus zumindest in der LGBT-Frage das Wasser abzugraben.

Literatur

- Brenner, Desirée (2020): »Ich muss mich verstecken«, in: Pfaffenhofener Kurier vom 18.6.2020 (aktualisiert am 20.6.2020), online unter: <https://www.donaukurier.de/lokales/pfaffenhofen/Ich-muss-mich-verstecken;art600,4605556> (vom 27.6.2020).
- Brinkschröder, Michael (2016): »Heimatsuche im Niemandsland – Christliche LGBT-Gruppen in Osteuropa«, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West: Kirchen und Homosexualität, Jg. 44 (8), S. 20–22.
- Datta, Neil (2020): Modern-Day Crusaders in Europe. Tradition, Family and Property: Analysis of a Transnational, Ultra-conservative, Catholic-inspired Influence Network, (European Parliamentary Forum for Sexual & Reproductive Rights), Brüssel 2020, online unter: <https://doi.org/10.20901/pp.8.3.03>, S. 69–105.
- Garbagnoli, Sara/Prearo, Massimo (2017): La croisade »anti-genre« du Vatican aux manifs pour tous, Paris: Textuel.
- Gnauck, Gerhard (2020): »Der Kampf gegen LGBT als Wahlkampfthema. Präsidentenwahl in Polen«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.6.2020, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/presidentenwahl-in-polen-der-kampf-gegen-lgbt-als-thema-16816717.html> (vom 27.6.2020).
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld: transcript.
- Korolczuk, Elżbieta/Graff, Agnieszka (2018): »Gender as »Ebola from Brussels«: The Anticolonial Frame and the Rise of Illiberal Populism«, in: Signs: Journal of Women in Culture and Society, Jg. 43(4), S. 797–821.
- Kováts, Eszter/Pöim, Maari (2015): Gender as symbolic glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender-Mobilizations in Europe (France, Germany, Hungary, Poland, Slovakia), ed. by Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/st/11382.pdf> (vom 20.07.2020).

- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin: Ullstein.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*, London/New York: Rowman & Littlefield.
- Manow, Philip (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Mattern, Jens (2020): Ein ideologischer Hurrikan über Polen, in: *Telepolis* vom 17.6.2020, online unter: <https://www.heise.de/tp/features/Ein-ideologischer-Hurrikan-ueber-Polen-4785983.html> (vom 27.6.2020).
- Michaelson, Jay (2011): *God vs. Gay? The Religious Case for Equality*, Boston: Beacon Press.
- Owczarek, Dominik (2019): Analyse: Soziale Probleme lösen oder Wähler gewinnen? Die Sozialpolitik der PiS seit 2015, in: *Bundeszentrale für politische Bildung: Die Sozialpolitik der PiS* (19.11.2019), online unter: <https://www.bpb.de/internationales/europa/polen/300798/analyse-soziale-probleme-loesen-oder-waehler-gewinnen-die-sozialpolitik-der-pis-seit-2015> (vom 07.07.2020).
- Päpstlicher Rat für die Familie (Hg.) (2007): *Lexikon Familie. Mehrdeutige und umstrittene Begriffe zu Familie, Leben und ethischen Fragen*, Paderborn u.a.: Schöningh [Ital. Orig.: 2003].
- Paternotte, David (2015): *Blessing the Crowds. Catholic Mobilisations against Gender in Europe*, in: Hark/Villa (Hg.), S. 129-148.
- Peregin, Joseanne (2015): »I timori e le speranze di una madre cattolica di un ragazzo gay. Il punto di vista di un genitore«, in: *Le strade dell' amore. Cura pastorale e giustizia sociale per le persone omosessuali e transessuali*, Florenz: Edizioni Piagge, S. 75-84. [Engl. Original online unter: <http://drachmalgbt.blogspot.com/2014/10/joseanne-peregin-fears-and-hopes-as.html?m=1> (vom 19.7.2020)].
- Solberg, Randi (Hg.) (2007): *Let Our Voices Be Heard! Christian Lesbians in Europe Telling their Stories*, o. O.: Esuberanza [Orig. 2004].
- Struzik, Justyna (2020): *Framing Queer Activism in Poland. From Liberal Values to Solidarity*, in: Radzhana Buyuntueva, Maryna Shevtsova (Hg.), *LGBTQ+ Activism in Central and Eastern Europe. Resistance, Representation and Identity*, Cham (CH): Palgrave Macmillan, S. 265-288.
- Taylor, Sandra/Barnes, Hazel (Hg.) (2016): *Und GOTT sah, dass es sehr gut war. Katholische LSBT-Menschen aus Europa erzählen ihre Geschichten*, o. O.: Esuberanza [Engl. Orig. 2015].
- Ther, Philipp (2016): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Wirbel (2020): O. Verf.: »Polen: Wirbel um Fotoprojekt gegen ›LGBT-freie Zonen‹«, in: *queer.de* vom 28.01.2020, online unter: <https://www.queer.de/bild-des-tages.php?einzel=2901> (vom 23.7.2020).